

Geschäftsstelle:
Gasselstiege 13
48159 Münster
Telefon:
02 51 / 21 20 50
Fax:
02 51 / 200 66 13

E-Mail: info@lsv-nrw.de
Internet: www.lsv-nrw.de



19.11.08

Pressemitteilung

Gesundheitsfonds: Landesseniorenvertretung fordert mehr Weitsicht

Die einen jubeln beim Stichwort „Gesundheitsfonds“ über mehr Wettbewerb und gerechtere Finanzierung, die anderen sehen künftig Gefahren für die hochwertige Versorgung von Patienten. Gerade ältere Menschen haben große Sorgen angesichts der ab dem 1. Januar geltenden Reform im Gesundheitswesen „Die steigenden Beiträge sind für die Rentnerinnen und Rentner nicht zu verkraften!“, fordert die Landesseniorenvertretung (LSV) NRW deshalb Entlastungsmaßnahmen.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt muss sich aus vielerlei Ecken Kritik an der Reform gefallen lassen. „Wir halten es nicht für akzeptabel, dass Männer und Frauen nach der Berufsphase, die nicht in den Genuss der parallel abgesenkten Arbeitslosenbeiträge kommen, dennoch die ausgehandelten 15,5 Prozent Krankenkassenbeiträge zahlen sollen“, vertritt Dr. Uta Renn als Vorsitzende der LSV NRW die Meinung der kommunalen Seniorenvertretungen. „Bei ihnen beteiligt sich ja auch kein Arbeitgeber an den Kosten“. Mit dieser Kritik steht die LSV nicht allein: Zwingend Maßnahmen zur Entlastung hatte bereits die Seniorenorganisation der SPD z.B. in Köln von ihrer Parteifreundin Schmidt gefordert, und auch der Sozialverband Deutschland befürchtet eine „schleichende Verschlechterung der Gesundheitsversorgung“.

Weitere Praxisgebühren und drohende Zusatzbeiträge – allein von den Versicherten zu tragen - stehen im Raum. „Uns erscheint es längst nicht plausibel, dass die jetzige Reform für eine gerechtere und dauerhafte Finanzierung der Krankenkassen sorgt“, sieht Uta Renn bereits in kurzer Zeit böse Folgen wie die Senkung von Kassen-Leistungen, Einsparungen bei Regelleistungen, Zusammenschlüsse von Krankenkassen, vermehrten staatlichen Einfluss und vor allem eine Unterdeckung des Gesundheitsfonds auf die Versicherten zukommen. „Dies alles wird auf Dauer zu neuen finanziellen Belastungen führen“, mahnt sie den Gesetzgeber im Vorfeld zu mehr Weitblick. Und das nicht nur für die älteren Menschen im Lande.

*Dr. Uta Renn,
Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e. V.*